

Schüler & Lehrer gegen Gehrre

Am 23. und 24. 10. 1998 tagen die „Bildungs“minister der EU in Baden bei Wien. Ort des Geschehens: Das Spielcasino! Verspielt wird: Unsere Bildung – denn die Fortsetzung der bisherigen massiven Einsparungen im Bereich der öffentlichen Schulen, an Universitäten sowie bei den Lehrlingen ist bereits beschlossene Sache. Am 24.10.1998 wird gegen diese Entwicklung demonstriert, bereits im Vorfeld initiiert u.a. die SchülerInnen Aktions Plattform (SAP) Streiks und Demonstrationen.

Fabian Linzberger
SAP, SOV Wien-Mitte

Die Schulen sind schon jetzt massiv von den Sparmaßnahmen der Vergangenheit betroffen. Die Schülerfreifahrt und die Schulbuchaktion wurden durch Selbstbehalte (19%) bereits ausgehöhlt. Weiters wurde die Klassenschülerhöchstzahl erhöht, sodaß bis zu 35 SchülerInnen in jeder Klasse sitzen. Die Richtung ist klar: Bildung wird immer stärker nur für die Reichen leistbar.

Nein zu Elitenbildung

Diese Entwicklungen kann man auch am Projekt „Sir Karl Popper

Schule“ für sogenannte „besonders Begabte“ deutlich erkennen. SchülerInnen, die aus entsprechend reichem Elternhaus kommen und früh gefördert werden konnten, werden das in dieser Schule auch weiterhin. Auf der anderen Seite wird in den öffentlichen Schulen unter dem Deckmantel der „finanziellen Schulautonomie“ das Budget deutlich gekürzt.

Bildung für Alle!

Die Schulen sollen dazu gezwungen werden, sich von Unternehmen sponsern zu lassen. In der Realität bedeutet das erst recht wieder, daß prestigeträchtige Eliteschulen im

Geld ersticken, während „normale“ Schulen auf diesem Sponseringmarkt ohne Chance sind. Weiters werden die Schulen durch Sponsering in enormem Maß von den unmittelbaren Interessen der Firmen/Unternehmer abhängig. Zunehmend wird dadurch von Allgemeinbildung keine Rede mehr sein können, da Unternehmer nur an der Vermittlung jener Kenntnisse Interesse haben, die für ihre Angestellten zur Erfüllung ihres Jobs unbedingt notwendig sind. Wir kämpfen für beste Ausbildungsbedingungen und Allgemeinbildung für Alle! Streichen bei den Reichen, statt Sparen bei den Armen!

Schüler solidarisch mit Lehrern!

Auch bei den LehrerInnen wurde gekürzt: Die Zeit nach der Matura bis zu den Ferien wird nicht mehr bezahlt bzw. muß eingearbeitet werden. Bei Projektwochen u.ä. müssen die LehrerInnen den Großteil der Kosten selbst tragen. Die Reaktion der LehrerInnenschaft in Wien ist unter anderem nun, aus Protest keine Schulveranstaltungen wie Wandertage oder Sportwochen mehr abzuhalten, für die sie kaum bezahlt werden. Dieses Verhalten löst bei manchen SchülerInnen Unverständnis aus. Wir denken: Einseitige Protestmaßnahmen sind zu wenig.

Die LehrerInnen müßten gemeinsam mit den SchülerInnen einen Vollstreik im Bildungsbereich organisieren – gegen Bildungs- und Sozialabbau. Dafür hätten die SchülerInnen sicher Verständnis. Auch (z.B. öffentlich) Bedienstete aus anderen Bereichen, die von Kürzungsmaßnahmen betroffen sind, könnten für gemeinsame Protestmaßnahmen gewonnen werden.

Eines liegt auf der Hand: Schuld an vielleicht nicht stattfindenden Projektwochen haben diejenigen, die diese Kürzungen beschlossen haben, also Ministerin Gehrre und die Regierung.

Unis: Das große Elend

An den österreichischen Universitäten haben trotz erheblichen Protests vor allem die beiden Sparpakete von 1995 und 1996 jetzt voll „ein-

geschlagen“. Es wurde die StudentInnenfreifahrt für öffentliche Verkehrsmittel gestrichen. Darüber hinaus wird die Kinderbeihilfe – sobald ein StudentIn länger als eine gewisse „Höchststudienzeit“ studiert – eingestellt. Gleichzeitig muß ein großer Teil der StudentInnen arbeiten – anstatt zu studieren – um sich überhaupt über Wasser halten zu können. Auch hier Elitenbildung: Teure Fachhochschulen werden mit Steuergeld, Studiengebühren und Wirtschaftssponsering bezahlt – während normale StudentInnen sich um Plätze in den Hörsälen prügeln müssen. Der nächste Schritt, nämlich Studiengebühren, ist inzwischen näher gerückt. Mit ihm würde wohl endgültig akademische Ausbildung zu einem Privileg der Reichen werden.

Karriere mit Lehre?

Tausende Jugendliche stehen ohne Arbeits- oder Ausbildungsplatz da. Die Unternehmen haben in letzter Zeit immer weniger Interesse an der Ausbildung von Fachkräften; ist der Arbeitsmarkt doch überschwemmt von jederzeit zur Verfügung stehenden, bereits ausgebildeten Arbeitskräften. Die Regierung setzt auf die „Erfindung“ neuer Lehrberufe. Dies ist allein im Interesse der Unternehmer, die dadurch „Fachideoten“ erhalten, die an die Firma – und damit an die Bedingungen der Unternehmer – weitgehend gebunden sind: Paradebeispiel ist der neue Lehrberuf „SystemgastronomIn“. In diesem Beruf beginnt man als Kassier oder Koch in einer Fastfood-Kette. Bei erfolgreicher Karriere kann man „sogar“ Lokalleiter werden, niedrige Bezahlung garantiert. Für traditionelle Restaurants ist man dann allerdings nicht einmal als Kellner geeignet.

Auf in den Kampf! Auf nach Baden!

Aus diesem Grund müssen wir alle gemeinsam aktiv werden: LehrerInnen, SchülerInnen, StudentInnen und Lehrlinge.

Die SOV ist Mitglied im Bündnis gegen Bildungsabbau und unterstützt dort vor allem die SchülerInnenAktionsPlattform – eine der treibenden

Kräfte für diesen „Bildungswander-tag“. Gemeinsam mit anderen Organisationen organisieren wir am Samstag, den 24. Oktober, einen Aktionstag in Baden. Dort fordern wir ein:

- ➔ Ein massives öffentliches Bildungsprogramm – gleicher, kostenloser Bildungszugang für alle Jugendlichen und ArbeitnehmerInnen
- ➔ Gesamtschule für alle bis 18 mit integrierten Lehrwerkstätten, Senkung der KlassenschülerInnen- Höchstzahlen
- ➔ Nein zu Studiengebühren, soziale Absicherung aller Auszubildenden
- ➔ Nein zum Schulautonomie-schwindel, Sponsering und Diktatur der Lehrinhalte durch die Unternehmer
- ➔ Ausbildung raus aus Unternehmerhand – Finanzierung der gesamten Bildung durch entsprechende Besteuerung der Unternehmer

Infos zu allen Aktivitäten der SAP können unter 01-524 63 10 erfragt werden

Inhalt:

Seite 2:
Profit durch NS-Terror

FPÖ und Flat-Tax

Seite 3:
Konferenz zur 30-Stunden-Woche

Seite 4/5:
Weltwirtschaft am Abgrund

Seite 6:
Radio Orange 94.0

Seite 7:
Deutschland nach den Wahlen

Krise in Rußland



Aktionstag 24.10.
EUropa verspielt unsere Bildung
Treffpunkt 10 Uhr Schwarzenbergplatz
anschl. Bahnfahrt nach Baden
zum Treffen der EU-Bildungsminister

Der Standpunkt

Ist Wien anders?

Als Michael Häupl vor einigen Jahren zum Wiener SPÖ-Chef und Bürgermeister gewählt wurde, glaubte zwar niemand an eine Wiederauflage des „roten Wiens“, doch zumindest eine gewisse soziale Abfederung und Bremsung der Sozialabbaupolitik der Regierung wurde erhofft. Entsprechend erteilt die Wiener SPÖ deutlich weniger Einbußen bei den Gemeinderatswahlen 1996, als die Bundes-SPÖ bei den gleichzeitig stattfindenden EU-Wahlen in Wien. Was folgte war allerdings ein Tiefschlag nach von John Evers



dem anderen: Von der AusländerInnenpolitik bis zu den Sparpaketen - der Bürgermeister stand der Kanzlerlinie um nichts nach. Jüngstes Beispiel: Die Wiener Linien.

Mit 1.1.1999 werden die Tarife zwischen 11,76 und 20 Prozent angehoben. „Ein gutes Angebot hat auch seinen Preis“, kommentiert SPÖ-Finanzstadträtin Eder diese Erhöhung. Um den Schritt zu rechtfertigen, greift die Rathauspitze zum Vergleich mit London und New York: Dort kostet ein Einzelfahrschein zwischen 34 und 65 bzw. 22 Schilling. Was soll dieses Argument eigentlich aussagen, außer dem Hinweis, daß Wien nicht „rot“ und auch nicht „anders“ ist?

Offensichtlich soll mit den beiden Metropolen der neoliberalen Musterländer USA und Britannien (in vielerlei Hinsicht) gleichgezogen werden. Der Hintergrund für die Tarifierhöhung ist nämlich die Ausgliederung der Wiener Stadtwerke und Umwandlung zu einer Holding Aktiengesellschaft. Das bedeutet: Zurückstufung der politischen Kontrollmöglichkeiten und eine Gewinnorientierung des Unternehmens. Soziale und ökologische Gesichtspunkte werden privatwirtschaftlichen Interessen untergeordnet. Letztlich ist die Ausgliederung auch ein klarer Schritt Richtung des Bruchs eines zentralen Wiener SPÖ-Versprechens: Nämlich keiner Privatisierung der Stadtwerke zuzustimmen.

Die „Bewegung Rotes Wien“ hat eine „Initiative Stadtwerke“ gegründet, die sich richtigerweise gegen Ausgliederung und Privatisierung ausspricht. Entscheidend wäre es allerdings Druck auf die Gewerkschaften auszuüben und Aktionen zu fordern bzw. zu beginnen: ArbeitnehmerInnen sind sowohl als KonsumentInnen, wie als Beschäftigte im Gemeindedienst von den Maßnahmen der Stadtregierung betroffen. Realistisch kann der dreiste Angriff der Rathauspitze, nur durch einen „Mix“ radikaler Gegenmaßnahmen, wie Streik der Beschäftigten und organisierter Zahlungsboykott der KundInnen, zurückgeschlagen werden. Nur so könnte eine „Kursänderung“ der Wiener Linien erkämpft werden, die auch folgende Punkte beinhaltet: Eine „soziale Tarifpolitik öffentlicher Massenverkehrsmittel“ und die „Erschließung neuer Finanzierungsquellen“, wie z.B. die Beteiligung der Unternehmer an Arbeitswegkosten. (aus: Für ein Rot-Grünes Österreich, Wien 1982, Mitverfasser Michael Häupl).

FPÖ-Steuerpläne: Eine flache Sache

Haiders Offenbarungseid

Es ist wieder einmal soweit: die Regierung kündigt eine Steuerreform an. Alle Parteien versprechen, „die Steuern“ zu senken. Da darf die FPÖ nicht fehlen. Sie präsentiert ihr Steuermodell - die „Flattax“. Die „Flattax“ soll angeblich eine finanzielle Entlastung für alle bringen.

Harry Mahrer,
SOV OG Wien-West

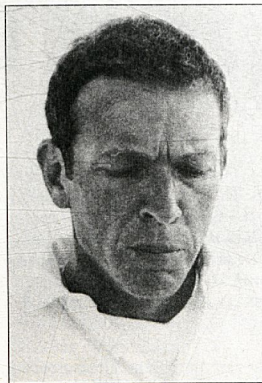
Die FPÖ fordert, die Steuerprogression abzuschaffen und stattdessen einen einheitlichen Steuersatz einzuführen. Unabhängig von der Höhe eines Einkommens sollen 20% an Steuer abgeführt werden. Statt Abschreibungsmöglichkeiten schlagen die Freiheitlichen einen Freibetrag von 65.700,00,- pro erwachsenem Familienmitglied und die Hälfte pro Kind vor. Dieses System hätte laut Haider den Vorteil, jede Menge Bürokratie einzusparen und sei darüber hinaus das sozial gerechteste. Das Gegenteil ist wahr!

Umverteilung von unten nach oben

Tatsächlich ist die „Flattax“ die sozial ungerechteste Form der Besteuerung. Sie entlastet die höheren Einkommen am stärksten. Bei einer Familie einer/s Alleinverdieners mit 2 Kindern zahlt man bei einem Bruttoeinkommen von 65.000,- 6,67% weniger Steuern, bei 100.000,- Monatseinkommen erspart man sich bereits 22,91% an Steuergeld im Vergleich zum derzeit gültigen Steuersystem.

Die einzige Gruppe von Menschen, die nach dem FP-Modell mehr Steuern bezahlen müßte, wären Singles mit rund 65.000,- Bruttoeinkommen. Die Einnahmehäufung müßte ja ir-

gendwie kompensiert werden. Auch da hat Jörg Haider einige „sozial verträgliche“ Ideen: Abbau der „Finanzbürokratie“ (=Arbeitsplatzvernichtung im öffentlichen Dienst) und Ausgabenreduzierung im öffentlichen Bereich (=Sozialabbau). Ähnliches fordern übrigens auch die Liberalen. Ein einfaches Steuersystem klingt



Vertreter des „kleinen“ Mannes???

oberflächlich betrachtet gut und ein einheitlicher Steuersatz „gerecht“. Doch die „Flattax“ schenkt den Reichen Steuergeld und nimmt es in Form von Kürzungen im Sozialbereich der großen Masse der Bevölkerung weg. Damit bliebe selbst im oben angesprochenen Beispiel (Alleinverdieners mit 15.000,- brutto)

dem „kleinen Mann“ auch kein Geld durch Steuereinsparung übrig; im Gegenteil. Das ist Haiders Vision von „sozialer Gerechtigkeit“.

„Flattax“ ist frauenfeindlich

Das Steuermodell der Freiheitlichen hat aber noch eine weitere nicht gerade unerwünschte Nebenwirkung: Es treibt Frauen wieder hinter den Herd. Familien von AlleinverdienersInnen werden innerhalb ihrer Einkommensgruppe am meisten entlastet. Das Steuersystem belohnt also jene Familien, wo ein Partner - zumeist die Frau - zu Hause bleibt. Gleichzeitig sollen die Sozialleistungen beschränkt werden. Das verstärkt wiederum die ökonomische Abhängigkeit der Frauen von „ihren“ Männern.

Für eine wirkliche Steuerprogression!

Tatsächlich aber wäre gerade die Steuerprogression (steigender Steuersatz bei steigendem Einkommen) ein Mittel zur Umverteilung von oben nach unten. Ein Problem ist, daß durch vielfältige Abschreibungsmöglichkeiten die Progression untergraben wird - so daß sie in Österreich in vielen Bereichen nicht existiert. Niemand zahlt in Österreich beispielsweise tatsächlich den Spitzensteuersatz.

Die Steuerprogression stand immer auf der Forderungsliste der ArbeiterInnenbewegung und ist die steuerpolitische Umsetzung der Forderung, das Geld dort zu holen, wo es ist. Und zwar bei den Reichen!

Regierungen verhöhnten Opfer seit über 50 Jahren

Wer profitierte vom NS-Terror?

Mit der Diskussion um Zwangsarbeit in österreichischen Konzernen und CA-Verstrickungen mit NS-Todeslagern scheint ein doppeltes Tabu aufgebrochen zu sein. Die Mitschuld von ÖsterreicherInnen am faschistischen Terror und die Vernetzung der Wirtschaft mit dem NS-Regime.

Karin Wottawa
und John Evers

Rund 700.000 ÖsterreicherInnen waren Mitglied in der NSDAP. Sie spielten als große und kleine Rädchen eine bedeutende Rolle im NS-Terrorapparat. 1947 forderte die österreichische Regierung Reparationszahlungen von Deutschland als „Wiedergutmachung“. Jede Mitverantwortung für den Nazi-Terror wurde abgewiesen.

Unmittelbar nach Abschluß des Staatsvertrags wurde eine Generalamnestie erlassen; Bezügnachzahlung und Pensionsanrechnung der Haftzeit für NS-Kriegsverbrecher beschlossen. Vielen Opfern und Opfergruppen wurde keine „Entschädigung“ gewährt. Die Beispiele

CA und Zwangsarbeit sind nur Mosaiksteine, die helfen das wahre Ausmaß von Schuld und Verantwortung zu zeichnen.

CA-Mitwisser

Die CA hat während des Faschismus Geschäfte mit zumindest 13 Konzentrationslagern getätigt. Der Vorstand muß (die SS war ja nicht irgendein Kunde) schon sehr früh von dem dort betriebenen Massenmord gewußt haben. Aufgabe der Bank war es (vermeintliche) Überweisungen von Angehörigen an Inhaftierte weiterzuleiten - und im Todesfall rückzuerstatten. Alles mit entsprechendem hohen Spesen versteht sich. Die CA erhielt regelmäßig lange Todeslisten.

Der bekannte Schriftverkehr mit den KZs begann just zu dem Zeitpunkt, als dort Zyklon B eingesetzt wurde ...

Zwangsarbeit

Auf österreichischem Gebiet leisteten rund 750.000 Menschen Zwangsarbeit für viele, heute renommierte Betriebe, wie beispielsweise Steyr-Daimler-Puch, die VOEST und Hofmann & Maculan. Die ZwangsarbeiterInnen wurden den Firmen für wenig Geld zur Verfügung gestellt, hatten keinerlei Rechte und Absicherung. So konnten sie bis „über“ den Rand des Menschens möglichen - den Tod - ausgequetscht werden. Wenn jemand nicht die Leistung erbrachte, die von der Firma erwartet worden ist, hatte der Betrieb die Möglichkeit, das der SS zu melden. Jeder wußte: Das bedeutet den sicheren Tod. Ungefähr 3000 solcher Meldungen sollen allein im Mai 1944 bei der SS eingegangen sein.

Wer profitierte vom NS-System?

Die Opfer des NS-Systems sind klar zu benennen: 6.000.000 Jüdinnen und Juden, die ArbeiterInnenbewegung in Deutschland, Österreich und den besetzten Ländern, Roma und Sinti, Homosexuelle und Millio-

nen Kriegsoffer. Doch wer waren die Profiteure? Hitler wurde von der deutschen Großindustrie an die Macht gebracht. Die „Neuordnung“ Deutschlands und ab 1939 Europas - wie das im Nazis-Jargon genannt wurde - fand im Interesse dieser Kreise statt. Die Vertreter des österreichischen Kapitals waren schon vor 1938 zu den Nazi-Faschisten übergelaufen und befanden sich ab „dem Anschluß“ im Schlepptau der deutschen Industrie. Deutsche und (teilweise in diese intergrierte) österreichische Konzerne wurden Mitgegentümer der Schlüsselindustrien besetzter Länder. 1944 wurden in „Groß-Deutschland“ 7.130.000 ZwangsarbeiterInnen eingesetzt.

Die „Wiedergutmachungen“ - Diskussion

„Österreich hat nichts gutzumachen“ sagte schon 1946 der spätere ÖVP-Handelsminister Kolb. Der Umgang mit Entschädigungszahlungen für die damaligen ZwangsarbeiterInnen zeigt auch heute noch, die Schwierigkeit der Mächtigen mit diesem Thema umzugehen. Ein Bei-

spiel: 150.000 polnische Zwangsarbeiter wurden zwischen 1938 und 45 nach Österreich verschleppt. Die damalige Zeit wird zwar auf die Pension angerechnet, doch bezahlt wird dies vom polnischen Staat! Die öffentliche Hand ist laut Klima „nicht zuständig“. Sie zahlt allerdings die Pensionen von österreichischen SS-Männern.

Genauso verlogen wie die Diskussion um meist lächerliche „Wiedergutmachungen“ zahlungen läuft die politische Diskussion. Ein Höhepunkt dabei war ein LIF-Statement, daß die „Verstaatlichung“ der österreichischen (Nazi-) Industrie als Fluch bezeichnete. Tatsächlich war 1945 eine Zeit in der viele einen radikalen Bruch mit dem Faschismus, und seinen kapitalistischen Wurzeln verlangten. Die Verstaatlichung war ein Zugeständnis an die Teile der ArbeiterInnenbewegung für die Antifaschismus mit Antikapitalismus gleichbedeutend war. Doch ebenso wenig wie der Kapitalismus nach 1945 abgeschafft wurde, kam es bis heute zu einer echten Abrechnung mit den Tätern und Profiteuren des Nazi-Terrors.

SOV-Arbeitszeitverkürzungs-Konferenz

Arbeitslosigkeit bekämpfen!

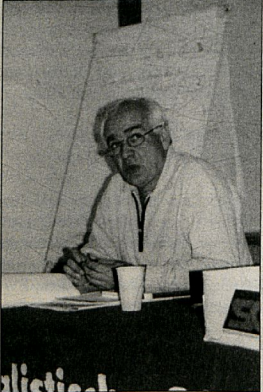
Daß die Arbeitslosigkeit das brennende Thema Nr. 1 Europas ist, haben sogar schon alle Regierungen begriffen – auch die österreichische! Einzig, die Lösungen, die sie anbieten, können das Problem nicht einmal ansatzweise lösen: So wird durch die Hoffnung auf 2,5% Wirtschaftswachstum im „Nationalen Aktionsplan für Beschäftigung“ (NAP) der österreichischen Regierung kein einziger Arbeitsplatz geschaffen! Nur echte Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn kann die Arbeitslosigkeit tatsächlich senken.

Katja Arthofer
SOV OG Wien-Mitte

Aus diesem Grund lud die Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV) am 19. September zu einer Konferenz unter dem Motto „Arbeitsplätze schaffen – Arbeitszeit verkürzen“ in die Volkshochschule Stöbergasse ein. Ziel der Konferenz war es, verschiedene Gruppen und Initiativen „an einen Tisch“ zu bringen und Aktionen zu erarbeiten. Außer der SOV beteiligten sich VertreterInnen der Initiativen „Volksbegehren – Recht auf Arbeit“, „Euromarsch“, der „Unabhängigen Gewerkschafter“, des „Gewerkschaftlichen Linksblocks“ (GLB), der KPÖ, Vertreterinnen von Fraueninitiativen sowie Mitglieder verschiedener Gruppen des linken Spektrums. Vorwärts fragte Karl Luttenberger, Verantwortlicher des GLB-Steiermark, warum er die weite Reise nach Wien gemacht hat. „Ich bin extra gekommen, weil mir die Forderungen der SOV imponieren. Die Arbeitszeitverkürzung ist das Gebot der Stunde!“, war seine eindeutige Antwort.“

Arbeitslosigkeit ist Umverteilung!

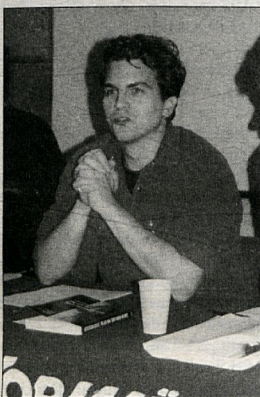
Am Beginn der Konferenz wurden die Gründe für die permanent steigende Arbeitslosigkeit diskutiert. John Evers, Bundessprecher der SOV, meinte dazu: „In der EU ist die



Kollege E. Reichelt, GPA

Arbeitslosigkeit von unter 3% in den 70er Jahren auf heute offiziell 11% gestiegen. In Österreich waren 1980 nur 1,9% ohne Job – 1995 waren es schon 6,6%. Diesen Winter wurde die 300.000-Marke überschritten ... Das Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit ist ein Ausdruck der strukturellen Krise des Kapitalismus. Es ist eine Form der Umverteilung von unten nach oben. Durch die Arbeitslosigkeit wälzen die Unternehmer die Kosten der Krise auf die

Schultern der Bevölkerungsmehrheit ab“. In der Diskussion wurde einheitlich festgestellt, daß ein erfolgreicher Kampf gegen Arbeitslosigkeit gleichzeitig auch ein Kampf gegen Sparpakete und Sozialabbau sein muß. Es reicht nicht, Symptome an-



Michael Gehmacher, SOV

zugreifen, man muß das Übel anpacken – das Wirtschaftssystem, das die Profitgier einiger Weniger befriedigt und nicht die Bedürfnisse aller.

Initiativen gegen Arbeitslosigkeit

Anschließend stellten sich 3 Initiativen vor, deren Ziel dasselbe – die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – ist, deren Herangehensweisen aber unterschiedlich sind: Christian Neugebauer umriß das „Volksbegehren – Recht auf Arbeit“. Ziel dieser Initiative ist eine „Verankerung des Rechts auf Arbeit in der Verfassung“. Um überhaupt ein Volksbegehren möglich zu machen, müssen 10.000 Menschen auf ihrem Bezirkssamt Unterstützungserklärungen abgeben, wofür im Moment eine Kampagne läuft.

Von der Initiative „Euromarsch“, einer europaweiten Initiative, an der sich auch die SOV und das CWI (Komitee für eine Arbeiterinternationale) aktiv beteiligen, unterstrich Mehdi Ardi die Wichtigkeit und Notwendigkeit eines europaweiten Kampfes gegen Arbeitslosigkeit. Die SOV-Kampagne „Arbeitsplätze schaffen, Arbeitszeit verkürzen!“ wurde von Katja Arthofer vorgestellt. Im Rahmen dieser gab und gibt es Kundgebungen vor allem bei Arbeitsämtern (AMS). Bei diesen werden Unterschriftenkarten (siehe Beilage) gesammelt, die am Jahresende – vielleicht von einem arbeitslosen Weihnachtsmann – im Sozialministerium übergeben werden. Alle 3 Vertreter erklärten Unterstützung und Teilnahme an der Großdemonstration gegen Arbeitslosigkeit, die

am 12. Dezember in Wien anläßlich des EU-Regierungsgipfels stattfindet. Die Diskussion drehte sich in erster Linie um die Sinnhaftigkeit einer verfassungsmäßigen Verankerung des „Rechts auf Arbeit“ und die Frage, ob die 30 oder die 35-Stundenwoche die momentan sinnvollste Forderung ist.

Arbeitskreise

Im Anschluß daran fanden vier Arbeitskreise statt: Den Arbeitskreis „Frauen und Arbeitslosigkeit“ leitete die Obfrau des Netzwerks für Frauen- und Mädchenberatungsstellen, A.E. Brandstätter. Frauen sind von Arbeitslosigkeit und der Tendenz, unqualifizierte Stellen abzubauen, noch stärker betroffen: So hat jede zweite Arbeitslose nur Pflichtschulbildung. Und durch die fehlenden Betreuungsplätze (im Moment 139.000) werden viele Frauen zur Arbeitslosigkeit gezwungen.

Im Arbeitskreis „Arbeitszeitverkürzung international“ referierte Karl Fischbacher, Vertreter der UG (Unabhängige Gewerkschafter). In der Diskussion wurde vor allem anhand des Beispiels Frankreich deutlich, wie Arbeitszeitverkürzung nicht aussehen darf, um wirklich wirksam zu werden: „In Frankreich wurden zu viele wichtige Bereiche offengelassen. Die Unternehmer können das Gesetz ganz einfach umgehen, in dem sie zum Beispiel mehr Überstunden machen lassen. Es werden kaum neue Arbeitsplätze geschaffen“.

Zum Thema „Der ÖGB und die 35-Stunden-Woche“ resümierte Michael Gehmacher, Betriebsrat und Gewerkschaftssprecher der SOV, über die Uralt-Forderung des ÖGB und deren Nichtdurchführung...

Im Arbeitskreis „Flexibilisierung“ referierten Horst Pillhofer, Gemeinderat der KPÖ aus Zwentendorf. Es wurde festgestellt, daß eine Arbeitszeitverkürzung nur bei gleichzeitigem Kampf gegen alle Formen der Flexibilisierung erfolgreich sein kann, denn „das Ziel der Unternehmung ist es, durch die Flexibilisierung die ArbeiterInnen nur dann im Be-

falsche Wort – es sollte in Wirklichkeit 'Verfügbarkeit für den Unternehmer zu Niedriglöhnen' heißen.“

Podiumsdiskussion

„Arbeitsplätze schaffen, Arbeitszeit verkürzen?“ Zum Abschluß diskutierten Karl Öllinger (Die Grünen), Erich Reichelt (Lt. Sekretär der GPA) und Michael Gehmacher (SOV) mit dem Publikum. K. Öllinger kritisierte in seinem Anfangsstatement besonders den ÖGB: „Der ÖGB hat in der jüngeren Vergangenheit für die falschen Punkte Solidarität verlangt – wie z.B. für den EU-Beitritt“. Öllinger meinte, daß die Forderungen der SOV richtig seien, weil sie nicht nur einen sondern alle wichtigen Punkte ansprechen: die Verkürzung der Tages- und Wochenarbeitszeit genauso wie die der Lebensarbeitszeit und ein Nein zur Sonntagsarbeit und gegen jede Form der Flexibilisierung. Auf die auch vom Publikum oftmals gestellte Frage, wie die Grünen konkret gegen Arbeitslosigkeit und für Arbeitszeitverkürzung vorgehen werden, hielt er sich eher bedeckt...

Auch Erich Reichelt (GPA) erklärte sich mit dem Anliegen der Konferenz solidarisch. Er betonte allerdings vor allem, daß eine gesetzliche Verankerung der Arbeitszeitverkürzung notwendig ist, damit es den Unternehmern unmöglich gemacht wird, Schlupflöcher zu finden. „Naturgemäß“ bekam Kollege Reichelt massive Kritik am ÖGB und dessen Zustimmung zu Sozialabbau und Flexibilisierung zu hören. Auf die Frage, wie man fortschrittliche Veränderungen wie Arbeitszeitverkürzung mit diesem ÖGB erreichen soll, meinte er: „Ja, in den ÖGB hineingehen und dort Opposition machen, das wäre schon eine gute Idee“...

Michael Gehmacher von der SOV betonte, daß eine dramatische Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden in der Woche notwendig ist. „Drastische Situationen verlangen drastische Antworten: Die Arbeitszeit um nur eine oder 2 Stunden zu kürzen, wäre zwar auch mehr als nichts, würde das Problem aber nicht wirk-

abbau und Sozialabbau insgesamt sein muß.

In der regen Diskussion wurde besonders auf die Notwendigkeit des vollen Lohnausgleiches eingegangen: So schilderte ein Krankenpfleger, daß ein Lohnverzicht abgesehen von der Tatsache, daß die Profite und Dividenden sowieso steigen, für viele seiner KollegInnen einfach unmöglich ist, da sie schon jetzt mit ihrem Geld gerade so über die Runden kommen. Die TeilnehmerInnen waren sich einig, daß die Wut der Leute steigt, daß dieser ÖGB aber keine Lösungen anbietet und daß es deshalb notwendig ist, selbst die Initiative zu ergreifen und aktiv zu werden.



Karl Öllinger, die Grünen

Die Konferenz wurde von rund 50 TeilnehmerInnen besucht. Durch Spenden wurden die Saalkosten gedeckt. Berichte dazu waren in der alternativen, „Volksstimme“ und einigen Radiostationen zu hören. Die Kampagne „Arbeitsplätze schaffen – Arbeitszeit verkürzen“ läuft bis Dezember weiter – Unterstützungskarten können bei der Redaktion bestellt werden.

Die SOV informiert

Wahlen 1999

Wie bereits berichtet, strebt die SOV eine linke Kandidatur mit klarem sozialistischen Profil bei den EU- und Nationalratswahlen im nächsten Jahr an. Im September wurden darüber zum ersten Mal Bündnisgespräche mit Vertretern der KPÖ geführt. Es gibt vorläufig noch kein konkretes Ergebnis. Die SOV strebt ein solches allerdings bis spätestens Jahresende an und lädt alle interessierten Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen ein, sich in diesen Diskussionsprozeß einzubringen. Für die SOV ist die Form der Beteiligung an diesen Wahlgängen nach wie vor offen. Prinzipiell verstehen wir die Teilnahme an Wahlen als eine möglich Plattform für Präsentation von linken und sozialistischen Ideen. Rechtsruck und Sozialabbau auf allen Ebenen eine Alternative von links entgegen gestellt werden.



Vorstellung der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit

trieb zu haben, wenn man sie braucht“. Wolfram, ein Arbeitskreisteilnehmer, faßte nachher zusammen: „Flexibilität ist eigentlich das

lich lösen können“ Er strich heraus, daß ein Kampf gegen Arbeitslosigkeit auch gleichzeitig ein Kampf gegen Pensionskürzungen, Bildungs-

Finanzmarkt: Warum krachen die Börsen?

Weltwirtschaft am Abgrund

„Globalisierung“ – kein Schlagwort hat die politische Diskussion der letzten Jahre mehr geprägt. Die einen jubeln, die anderen resignieren: Die Kommentatoren und Journalisten waren sich allerdings in einem Punkt einig: Die „Globalisierung“ schafft ein neues, allmächtiges und unbesiegbares System, das die Welt systematisch unter seine Kontrolle bringt. Heute: Crash in Südostasien, Rezession in Japan, Krise in Rußland – von den damaligen Prognosen ist nichts mehr übriggeblieben. Der Ökonom Jeffrey Sachs, Direktor des Harvard-Instituts für internationale Entwicklungen, meint zum jetzigen „Kollaps der aufstrebenden Märkte“: „Das ist sicherlich das Ende einer Ära“, „Washingtons Traum einer schnellen globalen finanziellen Liberalisierung liegt in Trümmern“.

David Mum
SOV OG Wien-Süd

Die ökonomische Diskussion in den bürgerlichen Medien bietet ein völlig verändertes Bild. Jahrelang wurde das Prinzip des „shareholder-value“ als einzig gangbare Wirtschaftsmethode gepriesen. In den selben Zeitungen wird heute nach staatlichen Eingriffen und Regulierung verlangt und der „zügellose Kapitalismus“ verteufelt. So schreibt das „Wall Street Journal“ vom 5.9.98 „Schwellenländer bewegen sich in Richtung Widerstand gegen den freien Kapitalverkehr – die internationale Finanzkrise läßt Devisenkontrollen nun doch als wünschbar erscheinen.“ Der US-Ökonom und Liberalismus-Verfechter Paul Krugmann tritt nun für Kontrollen beim Devisenhandel ein, um so „bedrängten Ökonomien eine zeitweilige Erleichterung vom Druck der Weltökonomie zu geben, damit sie auf diese Weise ihre Probleme angehen können.“

Spekulation als Sprengsatz

Die Globalisierung der Finanzströme (=die schnelle Möglichkeit der Investition und des Abzugs enormer Kapitalsummen) hat sich zum zentralen Schwachpunkt der Weltwirtschaft entwickelt. Gleich einem Seismographen reagieren sie auf die kleinste Schwäche mit spekulativen Attacken und panischen Reaktionen der Anleger. Kursverluste und Währungsabwertungen haben aber reale Auswirkungen, die dann den ursprünglichen Schwächenanfall zum totalen Kollaps treiben können. Der Zusammenbruch des europäischen Währungssystems 1992/93, die mexikanische Währungskrise 1995, die südostasiatische Misere 1997/98 und nun der ökonomische und finanzielle Zusammenbruch Rußlands wurden durch die Rolle der Finanzmärkte ausgelöst bzw. immens verstärkt. Den Hintergrund für diese Situation bildet die Schwäche des Weltkapitalismus insgesamt, der seit den 70er Jahren mit langfristig sinkenden Wachstumsraten zu kämpfen hat. Die enorme Aufblähung des globalen Aktienhandels und der Spekulation ist letztlich Ausdruck einer insgesamt krisenhaften Entwicklung der kapitalistischen Produktion.

Warum und wieviel wird spekuliert?

Natürlich gibt es ein riesiges Ausmaß kurzfristiger Spekulationen, aber die „global player“ der Finanzmärkte sind nicht wildgewordene

Einzelpekulanten, sondern Großkonzerne, Großbanken, Pensions- und Versicherungsfonds, auf der Suche nach möglichst profitablen, aber auch sicheren Anlagen. Wenn sich die wirtschaftlichen Grundlagen verschlechtern, zieht diese Karawane weiter und läßt verbrannte Erde hinter sich.

Zwar fahren die Unternehmen und Banken Rekordgewinne ein, doch dies nicht durch Ausdehnung der Warenproduktion, sondern vor allem durch Rationalisierung, Abbau und Intensivierung der Ausbeutung. Sie stecken die Gewinne nicht in die Produktion, sondern in Vermögenswerte: Aktien und Immobilien. Dies hat enorme Spekulationswellen ausgelöst und eine Inflation der Aktienpreise, zum Teil auch der Immobilienpreise.

nalen Wertpapierhandel mehr als verzehnfacht.

Durchschnittlich wechseln an einem Handelstag Währungsbestände im Wert von 1,5 Billionen US-\$ den Besitzer. Diese Summe entspricht dem jährlichen BIP der BRD oder dem Vierfachen der jährlichen Weltausgaben von Rohöl.

Heute dienen nur noch 2,3% der Geldgeschäfte der direkten Absicherung von Industrie und Handel.

Wen berührt ein Börsenkrach?

Wie wirkt sich z.B. ein Börsenkrach bei derartiger Abgehobenheit der Finanzmärkte dann überhaupt auf die Realwirtschaft aus? Es gilt hier zwei Elemente zu beachten. Wesentlich ist zunächst, daß die – jetzt wieder modern gewordene – Tren-

Kursverlust sinkt nicht nur das Vermögen des Unternehmens, sondern auch die Kreditwürdigkeit ... Banken müssen eventuell Kredite abschreiben – es kommt zu einem Dominoeffekt. Die zweite „realwirtschaftliche“ Auswirkung eines Krachs ist, daß durch fallenden Aktienwerte auch die Massenkaufkraft sinkt. Das gilt vor allem in Ländern, in denen die Arbeiterklasse – gemäß dem neoliberalen Credo – einen Teil des Lohns (de facto) in Aktien der eigenen Firma bekommt und z.B. die Altersvorsorge über private Pensionsfonds läuft.

Historische Entwicklung der „Liberalisierung“

Seit Anfang der 60er Jahre verschwanden Beschränkungen für die Verwendung ausländischer Währungen im Handel. 1997 hatten laut IWF über 140 Staaten ihre Währung für solche Zwecke konvertibel gemacht. Kapitalverkehrskontrollen haben sich länger gehalten. Nach dem 2. Weltkrieg hatten nur die Schweiz, Kanada und die USA „open capital regimes“. Die Industriestaaten bauten ihre Kontrollen in den 80er und Anfang der 90er Jahre ab. Die USA, die Schweiz, die BRD und Kanada gaben die Kapitalverkehrskontrollen schon ab 1970 auf. Lateinamerika hatte in den 60er Jahren wenige Kontrollen, mußte sie aber in der Schuldenkrise der 80er Jahre wieder einsetzen, um Reserven an ausländischen Währungen aufbauen zu können. 1997 hatten 144 Staaten Kontrollen über ausländische Direktinvestitionen.

Die Ratingagentur Moodys ordnet die Nationen in der Rangfolge ihrer Kreditwürdigkeit. Die Händler bei Fonds und Banken verordnen demgemäß Risikozuschläge für den Kauf von Staatsschuldpapieren. Das heißt, daß ärmere Länder viel höhere Zinsen zahlen müssen, als Erstgereichte, weil ja das Risiko für die Anleger auch höher sei. Zwar versichert Moodys: „Wir kennen nur die Interessen der Investoren, wir machen keine Politik.“ Die Berichte lesen sich dann aber folgendermaßen: Beispielsweise müsse Schweden „wahrscheinlich die sozialen Wohlfahrtsprogramme noch weiter kürzen“ Lapidarer Effekt dieses Statements: am nächsten Tag fielen die Kurse für Renten und Aktien um 30%.

IWF-Politik der letzten Jahre

Der IWF arbeitet dahingehend, die Welt für die „short term money-managers“ sicher zu machen. Er stellte die Wechselkursstabilität über alles. Deswegen empfahl er den Regierungen immer Zinserhöhungen, damit sie ihre Währungskurse halten und Kapital anziehen konnten. Die Abhängigkeit der Staaten vom Wohlwollen der Anleger führt zur Ausrichtung der Politik an die Interessen der Besitzer von Geldvermögen: niedrige Inflation, niedrige Besteue-

rung der Zinseinkünfte, stabiler Außenwert der Währungen. Rasante Kapitalausflüsse machen es schwer, die Zinsen zu senken, um die Wirtschaft zu stimulieren (niedrige Zinsen bedeuten die Möglichkeit, „billig“ Geld zu borgen, um dieses z.B. zu investieren). Der Premierminister von Malaysia hat jetzt Kapitalverkehrskontrollen eingeführt, um die Währung zu stabilisieren und die Zinssätze zu senken.

EWS-Krise 1992/93

Anfang der 90er Jahre brach das Vorläufermodell zum EURO, das „Europäische Währungs System“ (EWS) zusammen. Die vertraglich fixierten Wechselkurse innerhalb einer sehr geringen Bandbreite waren für die meisten EG/EU-Mitglieder nicht mehr haltbar. Der eigentliche Grund für den EWS-Zusammenbruch war die deutsche Hochzinspolitik Anfang der 90er Jahre. Durch die deutsche Wiedervereinigung erhöhte sich die Geldmenge in der BRD, ohne daß es einen Gegenwert in Form von Gütern gab. Um eine Inflation – also eine Entwertung der DM – zu verhindern, erhöhte die Bundesbank die Zinsen, um Kapital anzuziehen. Da im Europäischen Währungssystem (EWS) die Wechselkurse zwischen den Währungen festgelegt waren, mußten die anderen Länder mitziehen. Damit aber waren ihre Währungen überbewertet: Importe verbilligten sich, Exporte wurden schwieriger; die Konjunktur ging zurück und die Ungleichheiten zwischen den Volkswirtschaften traten „realwirtschaftlich“ (noch) stärker zutage. 1992 setzten die Bank- und Fondsmanager, dem Spekulant George Soros folgend, auf eine Abwertung der „realwirtschaftlich“ schwachen – also überbewerteten – Währungen Lire und Pfund.

Wie sich Soros damals eine goldene Nase verdiente

Trotz Verwendung ihrer DM- und Dollar Reserven für Stützungskäufe konnten die betroffenen Staaten den Kursverfall nicht verhindern und mußten schließlich aus dem EWS aussteigen.

Bei Stützungskäufen verkauft beispielsweise die britische Zentralbank ihre DM oder Dollar gegen britische Pfund: Ergebnis ist, daß weniger Pfund und mehr DM oder Dollar am Markt verfügbar sind. Dadurch steigt die Nachfrage nach Pfund – was einen höheren Kurs zuläßt. Hat die Zentralbank aber keine DM oder Dollar-Reserven mehr, muß sie ihre Währung abwerten. Und mit dieser Abwertung lassen sich gigantische Summen erspekulieren – auf Kosten der Allgemeinheit. Wie geht das?

George Soros ließ sich damals täglich wachsende Summen in britischem Pfund, um sie bei englischen Banken in DM zu tauschen, die diese bei der englischen Zentralbank anforderten. Dieses Verhalten fand



Börsianer beim Trauern – kein Mitleid!

Die Finanzmärkte haben sich von der „Realwirtschaft“ entfernt. 19.000 Milliarden Dollar sind an den internationalen Börsen angelegt, 13 mal soviel wie 1977. Bei den Top 500 Aktiengesellschaften der USA beträgt das Verhältnis zwischen Börsenbewertung und realem Unternehmensgewinn 1:23, ein historischer Höchststand.

Von 1985 bis 1995 haben sich die Umsätze im Devisen- und internatio-

nalen Wertpapierhandel mehr als verzehnfacht. Durchschnittlich wechseln an einem Handelstag Währungsbestände im Wert von 1,5 Billionen US-\$ den Besitzer. Diese Summe entspricht dem jährlichen BIP der BRD oder dem Vierfachen der jährlichen Weltausgaben von Rohöl.

Grund?

Nachahmer und dauerte solange, bis der Bank ihre Reserven ausgingen und sie das Pfund abwerten mußte. Die Spekulanten finanzierten sich ihre Attacken übrigens mit Krediten in Pfund. Diese zahlten sie nach der Abwertung (durch diese entsprechend günstiger) zurück.

In kürzester Zeit verlor das Pfund damals 9 % und die Angreifer strichen gigantische Gewinne ein. Soros verdiente umgerechnet eine Milliarde Dollar.

Es folgten Italien, Spanien, Schweden und Irland. Schweden versuchte Widerstand zu leisten und erhöhte die Zinsen kurzfristig auf 500%. Da witterten die Spekulanten jedoch eine verborgene Schwäche und warteten bis Schweden abwerten würde.

Danach stand Frankreich am Plan, wo die Notenbank an einem Tag 50 Mrd. \$ für Stützungskäufe ausgab. Das EWS, mit seinen fast fixierten Wechselkursen brach danach trotzdem zusammen. Statt fester Wechselkursen konnten diese nun 15% auf und ab schwanken.

Die vergeblichen Versuche, die Kurse gegen die Spekulanten festzuhalten, kosteten ca. 100 Mrd. DM; auch eine Form der Umverteilung. Das tägliche Umsatzzolumen des Devisenmarktes ist übrigens doppelt so hoch wie alle Notenbankreserven zusammen.

Mexiko 1995

Als die mexikanische Regierung 1995 den Peso um 15 Prozent abwerten wollte, brach Panik aus. In Mexiko waren 50 Mrd. \$ in Staatsanleihen, Aktien und Schuldverschreibungen investiert. Das kurzfristige spekulative Kapital fing an, sich aus Mexiko zu verabschieden. Dadurch verlor der Peso binnen drei Tagen 30% seines Werts.

Die Investoren stießen damals in allen „aufstrebenden Märkten“, auch in Osteuropa ihre Aktien und Anleihen ab. Dieselbe Reaktion sollte bei den Krisen in Südostasien 1997 und in Rußland 1998 folgen. Die davon betroffenen Staaten mußten ihre Währungen durch Zinserhöhungen verteuern, um die Anleger da zu behalten. Zinserhöhungen sind aber Gift für die Konjunktur, weil sie wie beschriebene Kredite verteuern, was sich negativ auf Investitionen und langfristige Konsumgüter auswirkte. Um das „Vertrauen der Märkte“ zu halten, wurde für Mexiko das größte „Hilfspaket“ seit dem Marshallplan geschickt. IWF, Bank für internationalen Zahlungsausgleich und die kanadische Regierung stellten einen Stützungskredit von über 50 Mrd. US-\$ auf.

Damit haben „die Steuerzahler den

Investoren die hohen Renditen noch nachträglich garantiert“, so Norbert Walter, Chefvolkswirt der deutschen Bundesbank.

Daraufhin antwortete der IWF-Chef, daß das zwar stimme, aber „die Welt liegt in den Händen dieser Burschen.“ Der IWF-Chef sprach von der „ersten großen Krise unserer neuen Welt globalisierter Märkte“. Damals glaubte er nicht, daß die nächste nicht lange auf sich warten lassen würde.

Asien 1997

Im April 1997 meinte der IWF: „Die Zukunft der Welt ist rosig“ (Financial Times, 24.4.1997)

Es gäbe wenig Zeichen von Spannungen und Ungleichgewichten, die üblicherweise einem Abschwung im Konjunkturzyklus vorausgehen. Das ostasiatische Wachstum seit Ende der 80er Jahre war durch massive Kapitalzuflüsse aus den entwickelten kapitalistischen Industrieländern finanziert. Die hohen Wachstumsraten der letzten Jahre hingen von hohen Investitionsraten ab, die durchschnittlich 20% jährlich betrugen.

Die Kapitalzuflüsse (netto) nach

zurück. Da die Importe gleich blieben, entstanden wachsende Handelsdefizite. Die Länder reagierten darauf mit Währungsabwertungen. Dazu wurden sie auch dadurch getrieben, da China seine Währung schon 1994 um 35% abgewertet hat, d.h. chinesische Güter verbilligten sich auf dem Weltmarkt um ein Drittel.

Weil man dadurch mit einem US-\$ mehr asiatische Währungseinheiten kaufen kann, wollten sie ihre Wettbewerbsposition wieder verbessern. Die Exporte wurden billiger und Importe teurer. Um trotz der Abwertung das ausländische Kapital im Land zu behalten, wurden die Zinssätze massiv erhöht. Aber die Kapitalflucht hatte schon eingesetzt. Wieder fand eine „Flight to quality“ statt. Die Investoren flüchteten in weniger riskante Vermögenswerte in die Industrieländer.

Anfangs sprachen die bürgerlichen Kommentatoren und Politiker von einer „lokalen Schwierigkeit“. Aber als dann im Oktober die Börse in Hong Kong krachte, zog das auch die Kurse an der Wall Street und in London arg in Mitleidenschaft.

Südostasien schlitterte in eine harte Wirtschaftskrise – z.B. Indonesiens Wirtschaft schrumpfte heuer um 15 Prozent. Japan, das seit 1992 sta-



Rußland: Wut formiert sich zu Protest

markt zu integrieren, vor allem weil er an billigem Öl und Gas interessiert war. Das Reformmodell nahm auf die Realität keine Rücksicht: Das alte System wurde zerschlagen, ohne daß es Sicherheitsstrukturen für die Bevölkerung gegeben hätte. Nachträglich erkannte auch „Radikalreformer“ Gaidar: „Wir haben das Volk sich selbst überlassen, das war unser größter Fehler.“

Die Banken haben Kapital nicht in die Industrie gesteckt, sondern aus dem Land geschafft, auf die Konten der Mafia/Kapitalisten. So schätzt die Schweizer Bundesbank, daß allein aus Rußland seit 1990 mehr als 50 Mrd. \$ aus illegalen Quellen in den Westen gelangt sind.

Der IWF hat Rußland mit zu strengen und kurzfristigen Zielsetzungen in eine Hochzinspolitik getrieben. Rußland war dadurch auf kurzfristiges, spekulatives Kapital angewiesen und holte dieses mit immens hohen Zinsen. Mit einer spekulativen Attacke auf die Rubelabwertung konfrontiert, wurde der Rubel vorerst um 35% abgewertet und es wurde eine 90-tägige Aussetzung der Schuldentrückzahlung verhängt, die ca. 140 Mrd. US-\$ betrug. Davon ist die BRD als größter offizieller Kreditgeber Rußlands mit 20 Mrd. \$ betroffen.

Doch bald reichten die Devisenreserven auch dafür nicht mehr aus und der Rubelkurs wurde völlig freigegeben. Binnen eines Monats fiel der Rubel beinahe auf ein Fünftel seines ursprünglichen Werts.

Unter Inflations- und Währungsabwertung leiden die „kleinen Leute“ am meisten, das Kapital kann daran noch verdienen. So fiel am 25. August der Rubel um 9%, die Preise für Importgüter schnellten allerdings in den Geschäften um 20-30% hinauf.

Rußland wird IWF-Hilfe zunächst vorenthalten: Während Indonesien in

den ersten 4 Wochen 52 Mrd. US-\$ Kredit bekam, hatten sich die Zinsen für Rußland auf 22 Mrd. beschränkt, von denen erst 14 ausbezahlt worden sind.

Wieder zieht das Kapital aus den aufstrebenden Märkten ab. Das heißt die Krise droht sich auch auf Lateinamerika auszudehnen, obwohl sich an der dortigen wirtschaftlichen Wertschöpfung durch die russische Krise nichts geändert hat.

Tobin-Steuer

Als Alternative zu den durch Spekulanten unsicher gemachten Märkten wird meist eine Spekulationssteuer, die sogenannte „Tobin-Tax“ vorgeschlagen. Da der deregulierte Kapitalfluß mit chaotischen Kursausschlägen der materiellen Wirtschaft schade, soll auf alle Devisentransaktionen eine Steuer von einem Prozent erhoben werden. Ein Schritt in die richtige Richtung ist die Besteuerung von jeder Form von Kapital aus unserer Sicht immer. Aber eine solche Steuer alleine ist ein völlig untaugliches Mittel, um die Probleme dieser Periode in den Griff zu bekommen. Gegenwärtig zeigt sich nämlich, daß nicht nur das „neoliberale Modell“ am Ende ist. Es zeigt sich auch, daß keine der „Kuren“, „Hilfsprogramme“ und „staatlichen Regulierungsversuche“ etwas nützen. Im Gegenteil – die Krise weitet sich immer mehr aus: Fast 40 Prozent der Menschheit leben bereits in der Rezession. Selbst ein kleiner wirtschaftlicher Abschwung hätte und hat heute bereits große Wirkungen: Millionen neuer Arbeitsloser, steigende staatliche Verschuldung, neue Sparpakete, aber auch Skepsis von immer mehr Menschen gegenüber dem herrschenden System. Kapitalismus ist weder unbesiegbare noch zähmbar. Er muß abgeschafft werden. Nur eine weltweite, demokratisch geplante Wirtschaft kann dem jetzigen Chaos ein Ende machen.



Börsenspiel: Zurück zum Start

Asien ohne China erhöhten sich von durchschnittlich 4,7 Mrd. \$ in den 80er Jahren auf 33,65 Mrd. zwischen 1991 und 1996. 1996 waren es sogar 57 Mrd. US-\$. Anfangs waren es meist ausländische Direktinvestitionen von multinationalen Konzernen, die es in die Errichtung von Produktionsstätten steckten. Doch dann waren es vor allem „Portfolioinvestitionen“, also unbeständige, kurzfristige Investitionen in Aktien und Wertpapieren. Als durch die massiven Investitionen regionale Überkapazitäten entstanden, gingen die Exporte

Rußland 1998

Einziges Ziel des Westens unter Leitung des IWF war es, Rußland so schnell wie möglich in den Welt-

Weißbuch Kultur

Wie effizient ist Kunst?

Jetzt ist es da: das sagenumwobene Weißbuch Kultur, mit dem das Bundeskanzleramt (Chefsache!), nach Jahren mißglückter Kulturpolitik, Kompetenz beweisen wollte. Viel ist nicht daraus geworden ...

**Martin Birkner,
SOV OG Wien-West**

Gleich vorweg: Es gibt auch positive Aspekte in dem Papier, wenn gleich auch wenige. So versteht sich das Weißbuch als Grundlage einer Diskussion über Kulturpolitik, an der sich alle Kulturinteressierten (via e-mail, Diskussionsveranstaltungen etc.) beteiligen können. Positiv auch, daß für die Erstellung des Diskussionsentwurfs eine Arbeitsgruppe mit „Fachleuten“ aus den verschiedensten kulturellen Sparten eingesetzt wurde und nicht ausschließlich die Beamten des wenig kompetenten Staatssekretärs Wittmann zur Feder gegriffen haben.

Vergeblich wird man im Entwurf nach neuen inhaltlichen Positionen suchen. Je nachdem, ob der jeweilige Absatz aus fortschrittlichen oder konservativen AutorInnen verfaßt wurde, finden sich in dem Papier teilweise widersprüchliche, ja einander ausschließende Formulierungen und Forderungen. Wo's ums Eingemachte geht, zeigt sich allerdings die wahre Intention, die hinter der geplanten Reform steht, und so kann mensch unter Punkt 2.17 „Private Kulturfinanzierung und zivile Gesellschaft“ folgendes lesen:

„Öffentliche Namhaftmachung und eventuelle Prämierung von „good practice“-Initiativen von privaten Unternehmen oder Personen im Bereich der Kunst - und Kulturfinanzierung.“ Der gewünschte Effekt: „Erhöhung der von privater Seite aufgebrachtten Mittel für Kunst und Kultur.“ Jetzt wissen wir endlich, warum der „Standard“ über das „Ende der sozialistischen Siebziger-Jahre-Politik von Kreisky und Cap“ jubelte. Genau dieses Konzept der sozialen/finanziellen Absicherung von KünstlerInnen wird heute als „Gießkannenprinzip“ verteufelt. Ja, ja, im Zeitalter der Globalisierung muß sich halt auch die Kultur „flexibel“ zeigen, und so findet sogar



Staatssekretär Wittmann

Kultur, die sich rechnet?

„Unternehmen, Betriebe und Personen mit großem Privatvermögen können aufgrund ihrer sozialen Position und ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten innerhalb der Gesellschaft eine besondere Verantwortung erfüllen.“ Die daraus zu folgernden Maßnahmen verwundern wenig: „Überprüfung des bestehenden Stiftungsrechtes und des Sponsorvertrages auf deren Eignung, angemessenen Anreiz für Unternehmen und Privatpersonen zu bieten.“

der Begriff „Effizienz“ als Kriterium einer zukünftigen Kulturpolitik Eingang in das Weißbuch.

Medienkonzentration

Es soll nicht verschwiegen werden, daß auch fortschrittliche Forderungen zu finden sind, wie z.B. die Wiedereinrichtung eines Ministeriums für Kunst und Kultur, eine umfassende Sozialversicherung für alle Kunstschaffenden, Förderung von Kleinlabels und alternativen Vertriebswegen für zeitgenössische

Musik usw.

Was u.a. allerdings komplett fehlt, ist eine Auseinandersetzung mit der herrschenden Medienkonzentration in Österreich. Mit keinem Wort wird erwähnt, daß die Mediaprint den österreichischen Printmedienmarkt diktiert, und ob/wie dagegen vorgegangen werden soll. Überhaupt finden sich grundlegende politische Aussagen erst im letzten Kapitel. Die lassen einem/r jedoch kalte Schauer über den Rücken laufen:

New Public Management als Chance zur Reform kulturpolitischer Handelns. Vorrangig bietet sich die Einführung und Anwendung von New Public Management (NPM) auch im Bereich öffentlicher Kunst- und Kulturverwaltung an. NPM orientiert sich an folgenden Prinzipien:

- Stärkung der Markteinflüsse sowie des Wettbewerbsdenkens
- Übernahme von Managementmethoden privater Unternehmen,
- Trennung von strategischen Politikverantwortung und operativer Administrationsverwaltung
- Ausrichtung an ziel- und ergebnisorientierter Steuerung
- Entwicklung dezentraler, autonomer Strukturen

Die Linke sollte den Aufruf an alle Kulturinteressierten beim Wort nehmen und sich massiv in die Diskussion einmischen. Wie alle gesellschaftlichen Bereiche ist auch die Kulturpolitik in Zeiten politischer Rechtsentwicklungen von Angriffen betroffen. Es ist wieder notwendig geworden, die verfassungsmäßig garantierte „Freiheit der Kunst“ zu verteidigen und darüber hinaus linke Standpunkte zu entwickeln. Dazu benötigt es einer engeren Vernetzung von politisch und künstlerisch aktiven, fortschrittlich gesinnten Menschen, als dies bisher der Fall war. Die Ortsgruppe Wien-West der SOV thematisiert das Weißbuch am 29.10.98 im Cafe International / 16. Bez. - Yppenplatz. Wir laden alle Kulturinteressierten ein, dieses Papier mit uns aus einer sozialistischen Perspektive zu diskutieren.

Medien

Radio Orange

Als vor über einem halben Jahr endlich feststand, daß es in Wien neben den neuen kommerziellen Sendern auch ein freies Radio geben wird, war die Freude groß – schließlich sollte sich ein freies Radio doch gerade jenen Teilen der Gesellschaft verpflichtet fühlen, die in den bürgerlichen Massenmedien nicht vertreten sind. Doch wie sieht es jetzt, über ein Monat nach Sendestart damit aus? Konnten die Erwartungen wirklich erfüllt werden?

**Roman Seidl,
SOV OG Wien-West**

Von einigen gesellschaftspolitisch fortschrittlichen Gruppen wurde das Ziel verfolgt, auf „Orange 94,0“ eine offene und fortschrittliche Informations- und Nachrichtenredaktion durchzusetzen. Doch dieses Vorhaben ist gescheitert. Wie konnte es dazu kommen? Um das zu beantworten muß man die Struktur des Radios näher betrachten:

Struktur von Radio Orange

Die Lizenz wurde an ein Vereinskonstrukt vergeben, das aus dem HerausgeberInnenverein und dem MitarbeiterInnenverein besteht. Der HerausgeberInnenverein besitzt sowohl die Lizenz als auch die Infrastruktur des Radios. Weiters bestimmt und bezahlt er die MitarbeiterInnen. Der MitarbeiterInnenverein entscheidet über die Programmgestaltung.

Diese beiden Vereine haben miteinander einen Vertrag geschlossen, der ihnen diese Rechte gegenseitig garantiert.

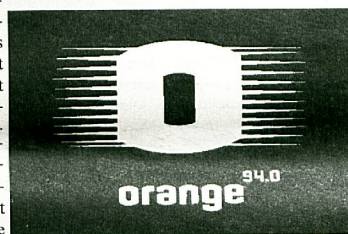
Auf den ersten Blick sieht dieses Konstrukt sehr offen und demokratisch aus – schließlich kann jeder im MitarbeiterInnenverein Mitglied werden und somit über das Programm mitbestimmen.

Leider ist das aber anders. Folgendes ist eingetroffen: Die HerausgeberInnen, die ein geschlossener Verein sind, sind die einzigen, die über Programmgestaltung und inhaltliche Vorgaben entscheiden! Weiters haben der MitarbeiterInnenverein auch kaum Einblick in die Strukturen des anderen Vereins und die finanzielle Situation.

Frei nach dem Motto: Wer das Geld hat, hat eben die Macht! Fortschrittliche Projekte scheitern leider daran, daß die HerausgeberInnen – zumindest meiner Meinung nach – Angst vor inhaltlicher Brisanz und Auseinandersetzung haben.

Angst, Stellung zu beziehen?

Warum das so ist, darauf gibt es viele Antworten. Es könnte unter anderem die Angst sein, Stellung zu beziehen und damit kein kuschelweiches Falter-Radio für die oberen 10 Intellektuellen mehr zu sein. Es könnte aber auch



Radio Orange - fortschrittliches Programm?

die durchaus reale Angst davor sein, daß die Gemeinde Wien, die einen großen Teil des Radios finanziert, darauf unfreundlich reagieren könnte.

Wo allerdings dann noch der Unterschied zur Zensur im Privatradio aufgrund der Interessen der Werbewirtschaft sein soll, ist eine äußerst berechtigte Frage.

Die SOV Ortsgruppen und andere Veranstaltungen, bei denen Du uns treffen kannst:

In unseren Ortsgruppen diskutieren wir politische Themen, laden Referenten von anderen Organisationen ein, schauen uns Filme an, planen die

GEWERKSCHAFTS-STAMMTISCH:
Termine nach Rückfrage „Zentrum Erdberg“;

13. Oktober „Linksruck in Deutschland?“ – Wird Schröder die Arbeitslosigkeit bekämpfen?, OG Wien Süd

16. Oktober „Krise in Rußland“ – Die gescheiterte kapitalistische Restauration, OG Wien Nord

20. Oktober „Weißbuch der Kultur“ – ‘Chefsache’ brachte nichts für den Kulturbereich, OG Wien West

21. Oktober „Die Geschichte der IV. Internationale und ihrer Strömungen“ – eine Analyse der OG Wien Mitte

13. Oktober „Globalisierung in Ottakring“ – Eine Diskussionsveranstaltung mit KPÖ, Bewegung Rotes Wien, Grüne und SOV

16., Gasthaus Vorstadt

24. Oktober
AKTIONSTAG GEGEN BILDUNGSABBAU
Demonstration unter dem Motto „Europa verspielt unsere Bildung“ in Baden
Wiener Treffpunkt: 10 Uhr Schwarzenbergplatz

Jetzt aktiv werden!

Die Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV) ist eine neue revolutionäre und sozialistische Organisation von ArbeiterInnen und Jugendlichen. Die SOV kämpft gegen Sozialabbau, Dritte Republik und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung – für Sozialismus!

Die SOV interessiert mich, ich möchte:
O zu Veranstaltungen eingeladen werden
O Mitglied der SOV werden

Die SOV ist Mitglied des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (KAICWI), das in über 30 Ländern vertreten ist.

VORWÄRTS abonnieren!

- sozialistisch
- antifaschistisch
- international

Jeden Monat neu:

Wir schreiben, was andere nicht schreiben dürfen!
Ja, Vorwärts interessiert mich, ich möchte:

- O ein Normal-Abo (10 Nr. 6S 200,-)
- O ein Sozial-Abo (10 Nr. 6S 100,-)
- O Gewerkschaftszeitung „Die Einheit“ (Jahresabo 4 Nummern 6S 100,-)
- O „Stik Vorwärts zum Weiterverkaufen“ (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)



Termine

STAMMTISCH
Montag im Monat, 19 Uhr
2-4

REICH-WELS
12 Uhr
Stelzhamerstraße

Rassismus in Europa
mit
Clubbetrieb
um 19 Uhr
Ecke Dürergasse



**Neues
aus dem
CWI**

Die SOV ist Mitglied des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (KAI) - Committee for a Workers' International (CWI), das in über 30 Ländern vertreten ist.

Tschechien

LehrerInnen streiken

In der Stadt Kladno - rund 30 Kilometer von Prag entfernt - tobt der erste Arbeitskampf unter der neuen sozialdemokratischen Regierung. In der Berufsschule des Stadtteils Vrabice wurde die Direktorin Hana Topinkova in einer „Nacht und Nebelaktion“ abberufen. In weiteren tschechischen Städten wurden DirektorInnen von „Spezialschulen“ in ähnlicher Manier abgesetzt. Offensichtlich bereitet sich das Bildungsministerium mittels „Salamitaktik“ auf die Schließung derartiger Bildungseinrichtungen vor. Praktisch der gesamte Lehrkörper - 45 Angestellte ab 23. August in den Streik. Die Reaktion des Bildungsministeriums ist durch Arroganz und Härte gekennzeichnet: Es folgten Entlassungen. Nach fast einem Monat Streik haben die LehrerInnen am 18.9. ihren Streik unterbrochen und sich in „Streikbereitschaft“ begeben. Die Landarbeitergewerkschaft, die sich vom offiziellen Gewerkschaftsdachverband CMKOS gelöst hat, unterstützt die Aktionen der LehrerInnen. Am 17. Oktober wird eine Solidaritätsdemonstration in Kladno stattfinden, an der auch VertreterInnen der SchülerInnen-Aktions-Plattform (SAP) teilnehmen. Umgekehrt haben die LehrerInnen aus Kladno erklärt eine Delegation zur Demonstration anlässlich der EU-Bildungsministerkonferenz zu entsenden.

Schweden

Wahlerfolg

Bei den Wahlen in Schweden konnte unsere dortige Schwesterorganisation Gerechtigkeitspartei/Die SozialistInnen vor allem einen Erfolg verbuchen: 121 neue Mitglieder - vor allem Frauen und MigrantInnen - traten der Partei während der Wahlkampagne bei. Die Gerechtigkeitspartei trat in mehreren Wahlkreisen auf verschiedenen Ebenen an. Die Gesamtzahl der erhaltenen Stimmen liegt bei mehreren Tausend und ist im Moment noch nicht bekannt. Herausragend ist das Ergebnis in der Stadt Umea: 2.035 Stimmen, 3,3 Prozent und zwei Gemeinderäte. In unserem besten Wahlkreis erhielten wir fast jede zehnte abgegebene Stimme (9,4 %). Achtungserfolge jenseits der 1 Prozent-Marke gab es auch in den Städten Lulea und Södertälje. Insgesamt hat die Sozialdemokratische Regierung eine Abfuhr erhalten und die „Linkspartei“ wurde gestärkt. Letztere hat ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der neoliberal gewendeten SP bereits erklärt. Umso notwendiger ist deshalb der Aufbau einer sozialistischen Alternative in Zukunft.

Deutschland nach der Wahl

„Rotkohl“

Mit der Abwahl Helmut Kohls geht in Deutschland eine Ära zu Ende. Die CDU/CSU erhielt das schlechteste Ergebnis seit fast vier Jahrzehnten: Der längstdienende Bundeskanzler ist gleichzeitig der erste, der durch eine Wahl gestürzt wurde. Ziel des Wahlkampfes der deutschen Schwesterpartei der SOV - der Sozialistischen Alternative (SAV) - war es aber nicht nur Kohl, „wegzubekommen“, sondern auch, eine neue Arbeiterpartei aufzubauen, eine Partei, die Gegenwehr organisiert und Alternativen anbietet.

John Evers
SOV OG Wien-Mitte

Sie SAV trat erstmals bei einer Bundestagswahl in 4 westdeutschen Wahlkreisen an. Das Motto der SAV war „Nein zur Politik für Banken und Konzerne von CDU, FDP, SPD und Grünen - Neue ArbeiterInnenpartei aufbauen“. Die Sozialistische Alternative forderte „Arbeit für alle - durch die 30-h-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich“, die Rücknahme aller Sozialkürzungen und Privatisierungen Kohls und Mindestlöhne. Die SAV machte klar, daß ihr Programm nicht durch Wahlen und auch nicht im Rahmen des kapitalistischen Systems durchgesetzt werden kann. Deshalb stand in ihrem Wahlmanifest: „Es reicht nicht, die Kohl-Regierung abzuwählen. Wir rufen alle auf, die genug davon haben, daß abgehobene Politiker und Gewerkschaftsführer in unserem Namen sprechen, eine neue sozialistische Arbeiterpartei aufzubauen!“

Die SAV gewann mit diesem Programm und einem aktiven Wahlkampf 29 Mitglieder. Bei Kundge-

bungen, in Betrieben und Schulen wurden 2.000 Wahlprogramme verkauft! Die Tatsache, daß die Leute Kohl unter allen Umständen „weghaben“ wollten, führte dazu, daß viele, die die Ziele der SAV teilen, dennoch SPD & Co. wählten. Trotzdem gaben knapp 70 ihre Stimme für eine Sozialistische Alternative ab. Ein zentraler Punkt der Wahlkampagne war der Kampf gegen faschistische Parteien, die flächendeckend (vor allem im Osten) antraten: In Dresden, Rostock und Berlin wurden „Jugend gegen Rassismus“-Gruppen gegründet. Bilanzierend ist es durch diesen Wahlkampf gelungen, dem Ziel „eine neue ArbeiterInnenpartei aufzubauen“, enormen Schwung zu geben.

PDS

Neben den 4 Wahlkreisen rief die SAV auf, die PDS zu wählen. Die PDS - sie erhält mit 5,1% erstmals Fraktionsstatus - konnte ein herausragendes Wahlergebnis erzielen. Zweifelloos ist das ein Schlag gegen die antisozialistische Propaganda von CDU & Co. Das Problem ist



Schröder: Keine Experimente!

nur: Die PDS ist keine wirklich sozialistische Partei. Sie akzeptiert die Marktwirtschaft, im Osten unterwerfen sich viele der 6.000 PDS-Mandatare zunehmend kapitalistischen „Sachzwängen“ - spricht stimmen im Austausch für Machtbeteiligung Sozialkürzungen zu. Parteichef Bisky hat angekündigt mit der neuen Regierung ins Sachfragen zusammenarbeiten zu wollen. Das Wahlergebnis bedeutet insgesamt allerdings eine absolute Mehrheit für SPD und Grüne. Angesichts dessen wird sich die PDS bundesweit relativ einfach als linke Opposition präsentieren können.

Was bringt Schröder?

Die alte Regierung ist zwar klar abgewählt worden, aber Schröder hat schon im Wahlkampf angekündigt für „Kontinuität“ zu stehen. Die Grünen haben sich bereits vor den

Wahlen völlig an die SPD angepaßt. Von der Senkung des Spitzensteuersatzes bis zu militärischen Auslandseinsätzen. SPD und Grüne haben angekündigt als erste Tat ein „neues Bündnis für Arbeit“ zu schmieden - also Lohnverzicht der Gewerkschaften im Gegenzug für vermeintliche Jobgarantien. Schröder wird oft mit Tony Blair verglichen. Tatsächlich stehen beide als „Genossen der Bosse“ für eine völlig verbürgerlichte Sozialdemokratie. In Deutschland gab es aber im Gegensatz zu Britannien in den letzten Jahren verstärkt Kämpfe und Gegenwehr.

Gleichzeitig droht auch Deutschland ein wirtschaftlicher Abschwung. Schröder & Co. werden von Beginn an ein Krisenmanagement führen. Trotz einer stabilen Mehrheit wird die kommende Koalition die instabilste Regierung in der deutschen Nachkriegsgeschichte werden.

Krise in Rußland

Kapitalismus im Sturzflug

Unter dem Druck der hoffnungslosen Überschuldung ließ sich Mitte August der Rubelkurs nicht mehr halten. Binnen drei Wochen stürzte die russische Währung von 6 Rubel/Dollar auf 20 Rubel. Das kommt einem Kurssturz, wie jenem der indonesischen Rupiah gleich, letztere benötigte dafür aber ein ganzes Jahr.

Harry Mahrer,
SOV-Wien West

Der Währungsverfall führt zu immer höheren Preisen, da z.B. 80% der Lebensmittel importiert werden. Es kommt zu Hamsterkäufen, die Güter des täglichen Bedarfs aus den Regalen verschwinden lassen. Was in Moskau oder St. Petersburg zu kurzfristigen Engpässen führt, hat in anderen Regionen katastrophale Auswirkungen. In Kaliningrad wurde der Ausnahmezustand verhängt, da die Versorgung nicht mehr gewährleistet werden kann. In sibirischen Vorkuta sind noch Vorräte für 4 Tage auf Lager und der Winter steht unmittelbar vor der Tür.

Breite Kreise betroffen

Neben den Versorgungsengpässen steht die Bevölkerung vor einem anderen Problem. Ihre Ersparnisse, auf die - wegen der monatlang nicht ausbezahlten Löhne - große Teile der Bevölkerung angewiesen sind, werden von den Banken nicht ausbezahlt und massiv entwertet. Die Krise trifft aber nicht nur die ärmsten Schichten der Bevölkerung hart. Auch die neu-

entstandene Mittelschicht ist betroffen. Allein im Banksektor sind 150.000 vom Jobverlust bedroht. Hunderte stehen vor den Telekommunikationsbüros, die ihre Handys zurückgeben wollen, da diese unerschwinglich geworden sind.

Hintergrund: Privatisierung

Die Produktionsmittel Rußlands wurden durch die Privatisierung de facto verschenkt. Die wirtschaftlichen Ressourcen, die zu Sowjetzeiten zumindest offiziell „dem Volk“ gehörten, wurde so in die Hände einer neuen Kapitalistenklasse gelegt. Die neue russische Kapitalistenklasse verwendet ihr Kapital für die Spekulation, wo die Renditen wesentlich besser sind als bei Investitionen in der inzwischen völlig maroden Produktion. Die Grundlagen der russischen Wirtschaft wurden so völlig zerstört. Rußland verfügt - abgesehen von den permanent sinkenden Einnahmen aus dem Rohstoffhandel - über so gut wie keine staatlichen Einnahmequellen, da die superreiche Kapitalistenklasse keine Steuern bezahlt und die Masse der Bevölkerung keine Steuern bezahlen kann, da die

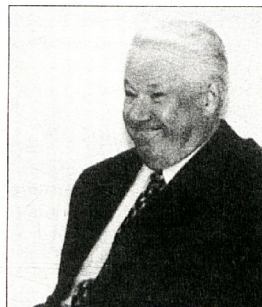
Löhne seit Monaten nicht mehr ausbezahlt werden. Auslandsinvestoren sind sowieso steuerbefreit.

Wahnwitzige Zinsen

Das Finanzministerium reagierte 1993 auf die permanente Geldnot durch die Einführung des GKO-Systems (GKO: kurzfristige Staatsanleihe). Die Regierung beschloß unglaublich hohe Zinsen um Kapital anzuziehen und würgte dadurch weiter die Produktion ab. Anfang 1998 mußte Rußland wöchentlich 13 Milliarden Schilling aufbringen, um fällige GKO zu begleichen. Als dies aus den spärlichen Steuergeldern nicht mehr möglich war krachte die Wirtschaft letztlich zusammen. Deutliche Sturmwarnungen waren bereits seit Monaten zu erkennen. Die russische Börse war die zweit schwächste nach der indonesischen in diesem Jahr, die fallenden Rohstoffpreise am Weltmarkt taute ihr übriges, da die hier die Haupteinnahmequelle des russischen Staates liegt. Der russische Staat verliert heuer alleine im Ölgeschäft rund 45 Milliarden Schilling im Vergleich zum Vorjahr.

Politische Alternativen

Keine der vom Westen angewendeten „Kuren“ zeigt Wirkung, die USA haben sogar erwogen den



Symbol für den Zustand Rußlands

Dollar als Währung in Rußland einzuführen, das Land so in ein „finanzielles Korsett“ zu stecken und endgültig zu kolonialisieren. Die verschiedenen politischen Kräfte in Rußland bieten keine Alternativen. Die russische KP ist - mit dieser Krise - de facto bereits an der Macht beteiligt worden und setzt nur auf einen etwas weniger radikal marktwirtschaftlichen Kurs mit einer Prise großrussischem Chauvinismus. Unsere russische Schwesterorganisation versucht hingegen das, was laut der „Neuen Züricher Zeitung“ der russischen Opposition fehlt: Eine aktive Zusammenfassung der verschiedenen Pole des Widerstandes - von den streikenden Bergarbeitern bis zu den gegen Bildungskürzung protestierenden StudentInnen.



Regierung macht uns Frauen arm!

8.500,- Schilling – soviel verdient eine alleinerziehende Frau in Österreich. Das ist eine Folge der Sparpakete die SPÖ und ÖVP gemeinsam beschlossen haben. Angesichts dessen ist es geradezu ein Hohn wie sich SPÖ und ÖVP derzeit als „Frauenfreunde“ präsentieren. Vor allem die ÖVP versucht, eine konservative Familienpolitik als Fraueninteresse darzustellen. Tatsächlich sollen die Reichen noch reicher und gleichzeitig neue Sparpakete geschnürt werden. Dazu sagen wir: Nein!

Barbara Fröschl
SOV OG Wien-West

Das Superwahljahr 1999 steht bevor – SPÖ und ÖVP haben begonnen, sich um die Gunst der wahlberechtigten Frauen zu bemühen. Das wird schwer werden, wenn wir uns erinnern, daß das erhöhte Karenzgeld gestrichen, die erhöhte Geburtenbeihilfe gekürzt und der zweijährige Karenzurlaubsgeldbezug an die Aufteilung des Karenzurlaubs zwischen den Elternteilen gekoppelt wurde. Dies ist eine Politik, die speziell sozial Schwache, wie zum Beispiel Alleinerzieherinnen (also fast ausschließlich Frauen) trifft.

Bartensteins Tricks

Familienminister Martin Bartenstein fordert einen Kinderbetreuungsscheck in der Höhe von öS 5.700,- bis zum dritten Lebensjahr des Kindes, der Frauen „die Wahlfreiheit zwischen Beruf und Familie“ bringen soll. Im „Kleingedruckten“ soll dieser Scheck eine Reihe wichtiger Leistungen wie das Karenzgeld, die Kinderbetreuungsbeihilfe, die Wiedereinstiegsbeihilfe etc. ersetzen. Außerdem würde nach Barten-

steins Vorschlag die Arbeitslosenversicherung wegfallen. Noch ein Haken bei der Sache: wichtige Gelder für Kinderbetreuungsplätze würden gestrichen und ein nicht geför-



Aktion des SOV-Frauenstammtisches

derter Kindergartenplatz kostet zwischen 7000 und 9000 Schilling. Dieser Betrag wäre für viele Familien ganz einfach nicht leistbar. Wir nennen das Alles schlicht: Sozialabbau.

Das Ziel, das hinter einer solchen Politik steht ist außerdem ganz klar:

Die Frauen sollen zurück an den Herd gedrängt werden.

Bartensteins Mutterkreuz

Auch Bartensteins neuester Vorschlag aus den Überschüssen des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) das „Karenzgeld für alle“, also auch für Hausfrauen und Studentinnen, einzuführen und um rund 400 Schilling auf 6000 Schilling zu erhöhen, zeugt von höchstens oberflächlichem Interesse für „Frauenangelegenhei-

nen und Hausfrauen grundsätzlich wünschenswert wäre – ein Thema das die ÖVP allerdings bis jetzt noch nicht sonderlich beschäftigt (siehe wiederum die Sparpakete). Mit ihrer „Karenzgeld für Alle“-Forderung versucht die ÖVP ihre Rolle als Familienfreundliche Partei zu betonen, obwohl dieser Vorschlag insgesamt nur 10.000 Frauen betrifft und somit eine billige Werbekampagne für die ÖVP wäre. Außerdem spart die ÖVP bei ihrem Vorschlag „Karenzgeld für alle“ jegliche Beschäftigung mit beispielsweise dem Problem von Alleinerzieherinnen oder den fehlenden Kindergartenplätzen einfach aus. Nach der jetzigen und auch nach der von der ÖVP geplanten Regelung können es sich viele Frauen schlichtweg nicht leisten in Karenz zu gehen, da das Karenzgeld alleine einfach nicht zum Leben reicht. Aus all dem wird klar, daß es der ÖVP keinesfalls um Fraueninteressen, sondern um das Zurückdrängen der Frau in die Familie geht.

SPÖ – Keine Alternative

Irmgard Schmidleitner (Vorsitzende der ÖGB Frauen) erkennt zwar die problematische Situation vieler Karenzgeldbezieherinnen und beschreibt diese in Pressekonferenzen ... Sie „vergibt“ aber scheinbar, daß ihre Partei – die SPÖ – die Sparpakete 1 und 2 mitbeschlossen hat und somit für die jetzige Karenzgeldregelung und die finanziell schlechte Situation vieler Frauen und sozial schwacher Familien maßgeblich ver-

antwortlich ist. 600.000 Menschen haben das Frauenvolksbegehren unterschrieben und trotzdem werden beispielsweise auf dem Sektor der Arbeitsmarktpolitik Geld für Projekte und Beratungsstellen für arbeitslose Frauen gestrichen (wie z. B. der Beratungsstelle Cassandra). Frauen werden immer mehr aus dem Arbeitsmarkt gedrängt, wie die steigende Arbeitslosenrate und der hohe Anteil an Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten unter Frauen zeigt. Die Forderung nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird immer nur in Bezug auf „Frauenangelegenheiten“ gestellt, obwohl es darum gehen die anfallende Arbeit auf alle (Männer und Frauen) aufzuteilen.

Unsere Forderungen:

- ➔ Die Arbeit muß auf alle gerecht verteilt werden. Sofortige Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 30 h. bei vollem Lohn als Einstieg für weitere Arbeitszeitverkürzungen!
- ➔ mindestens 13.000 Schilling Karenzgeld!
- ➔ genügend kostenlose Kindergarten- und Krippenplätze
- ➔ Öffentliche Betreuungsplätze für Alle kostenlos!
- ➔ Rücknahme aller Kürzungen im Karenzbereich!

- Nein zum Sozialabbau! Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen – bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn öS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit – sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbe-

- reich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung – Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechts-Extremismus und den rassistischen

- Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle! Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitneh-

- merschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.

- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.